



Protokoll Nr. 32

Stadtratssitzung

Donnerstag, 1. Dezember 2005, 17.00 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

Traktanden

Geschäfts-
nummer

- | | |
|---|-----------|
| 1. Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 26 vom 20. Oktober 2005) | |
| 2. Wankdorffeldstrasse 92-96, Liegenschaftserwerb / Projektierungskredit für den neuen Entsorgungshof Nord (Abstimmungsbotschaft)
(PVS: Jordi/TVS: Rytz) | 05.000290 |
| 3. Kleine Anfrage Erich J. Hess (JSVP): Gemeinderätinnen lassen sich für aktive Abstimmungspropaganda durch die Reitschule einspannen
(SK: Tschäppät) | 05.000308 |
-

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 32	1725
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.25 Uhr	1726
Mitteilungen des Präsidenten	1727
1 Protokollgenehmigung	1728
2 Wankdorffeldstrasse 92-96, Liegenschaftserwerb / Projektierungskredit für den neuen Entsorgungshof Nord (Abstimmungsbotschaft)	1728
3 Kleine Anfrage Erich J. Hess (JSVP): Gemeinderätinnen lassen sich für aktive Abstimmungspropaganda durch die Reitschule einspannen	1739
Eingänge	1741
Schlusswort des Stadtratspräsidenten	1749

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.25 Uhr

Vorsitzender

Präsident Philippe Müller

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
Michael Aebersold
Raymond Anliker
Gabriela Bader Rohner
Rania Bahnan Büechi
Thomas Balmer
Giovanna Battagliero
Christof Berger
Peter Bernasconi
Dieter Beyeler
Margrith Beyeler-Graf
Markus Blatter
Peter Bühler
Sibylle Burger-Bono
Anna Coninx
Conradin Conzetti
Dolores Dana
Myriam Duc
Martina Dvoracek
Karin Feuz-Ramseyer
Andreas Flückiger
Urs Frieden
Rudolf Friedli
Karin Gasser

Simon Glauser
Thomas Göttin
Beat Gubser
Ueli Haudenschild
Erich J. Hess
Beni Hirt
Stephan Hügli-Schaad
Natalie Imboden
Mario Imhof
Ueli Jaisli
Daniele Jenni
Stefan Jordi
Sarah Kämpf
Daniel Kast
Rudolf Keller
Andreas Krummen
Peter Künzler
Claudia Kuster
Annette Lehmann
Daniel Lerch
Anna Magdalena Linder
Liselotte Lüscher
Corinne Mathieu
Patrizia Mordini

Erik Mozsa
Christoph Müller
Reto Nause
Lydia Riesen-Welz
Simon Röthlisberger
Heinz Rub
Hasim Sancar
Franziska Schnyder
Beat Schori
Rolf Schuler
Miriam Schwarz
Ernst Stauffer
Barbara Streit-Stettler
Ueli Stückelberger
Béatrice Stucki
Margrit Thomet
Martin Trachsel
Gisela Vollmer
Christian Wasserfallen
Catherine Weber
Anne Wegmüller
Thomas Weil
Maya Widmer
Beat Zobrist

Entschuldigt

Carolina Aragón
Verena Furrer-Lehmann
Jacqueline Gafner Wasem

Nadia Omar
Erich Ryter

Sandra Wyss
Andreas Zysset

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD
Barbara Hayoz SUE

Edith Olibet BSS
Regula Rytz TVS

Kurt Wasserfallen FPI

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Jürg Stampfli

Stadtkanzlei

Irène Maeder Marsili

Mitteilungen des Präsidenten

Der Vorsitzende *Philippe Müller*: Es gibt drei Rücktritte aus dem Stadtrat:

- Martina Dvoracek tritt per Ende Jahr aus dem Stadtrat zurück. Sie hat mir folgendes Schreiben überreicht: „Nach rund dreieinhalb Jahren ist dies heute meine letzte Sitzung als Stadträtin. Eine Velofahrt zur Rehag-Ziegelei zwecks einer eins zu eins Besichtigung der Zonenpläne zur Vorbereitung meiner ersten Rede stand am Anfang meiner Stadtratszeit im August 2002. Am letzten Tag reiche ich nun heute eine Motion ein, deren Grundstein ich noch während meiner Diplomarbeit am Geographischen Institut der Universität Basel legte. Es geht um mehr Grünflächen im Strassenraum. Damals wie heute war und ist mir die angewandte Ökologie, sprich die tatsächliche Umsetzung von Ideen, Konzepten und Forderungen ein wichtiges Anliegen. In unserem Wohnumfeld, auf den Strassen unserer Stadt, in den Leitungen unseres Stromnetzes, in den Artikeln unserer Gemeindeordnung strebte ich politische Veränderungen hinsichtlich einer ökologischen, gesunden und solidarischen Lebensweise an. Dass ich als Seconda das politische Gesellschaftssystem auch aktiv als Parlamentarierin beeinflussen konnte, verdanke ich einerseits meinen, aus dem ehemaligen Jugoslawien stammenden Eltern, welche sich als Familie vor rund zwanzig Jahren einbürgerten, andererseits dem Grünen Bündnis, wo ich meine erste Stelle nach der Uni als politische Sekretärin beginnen konnte, sowie meinem Freund Dominique, der mir politische und haushälterische Unterstützung gab. Letztlich war es immer auch befriedigend, das politische System und das Gemeinwesen von innen kennen gelernt und einige Zahnräder bewegt, beschleunigt oder in die andere Richtung gedreht zu haben. Zum Beispiel den Einsatz von Mehrwegbechern zu sehen, Sand im Getriebe der geplanten neuen Grimselturbinen zu sein und den Gemeinderat mit jährlich vier autofreien Sonntagen zu begeistern. Und doch, die zeitweise sehr intensive Doppelbelastung von Beruf und Politik hat sich in den vergangenen Monaten mehr und mehr verdichtet. Der Anspruch auf seriöse Arbeit, gute Abklärungen, politische Vernetzung parlamentarischer mit ausserparlamentarischer Bewegung und die Verantwortung über das Mitführen der eigenen Firma waren ein permanenter Balanceakt. Bevor bei dieser Hochseilnummer Freundschaften, Beruf, Politik, Gesundheit und Freizeit abstürzten, erforderte es eine Entscheidung. Nun habe ich mich entschieden und übergebe mein Stadtratsmandat meiner Nachfolgerin Stefanie Arnold. Ausserparlamentarisch und im Grünen Bündnis bleibe ich aber weiterhin engagiert. Catherine Weber hat mir zu Beginn gesagt: „Betrachte den Stadtrat auch als Weiterbildung.“ Das habe ich getan. In diesem Sinne danke ich allen, mit denen wir gemeinsam Strategien erarbeitet, Lobbying betrieben, gelacht und uns geärgert haben. All jenen, welche noch die eine oder andere Lektion in ökosozialer Weiterbildung brauchen, möchte ich sagen, dass eine grüne Stadt mit viel Lebensqualität, weniger Autos und mehr Velos einfach lebendiger und attraktiver ist.“

- Margrit Thomet wird ebenfalls auf Ende Jahr aus dem Stadtrat zurücktreten. Ich verlese ihr Schreiben: „Ich möchte euch mitteilen, dass ich auf Ende diesen Jahres aus dem Stadtrat zurücktreten werde. Der ganze Ratsbetrieb, die Stellungnahmen aller Fraktionen und Parteien waren für mich immer interessant, auch wenn zumeist die Mehrheitsentscheide leider nicht im Sinne der SVP-Fraktion ausgefallen sind. Ich werde die Zeit im Stadtrat als einen spannenden und lehrreichen Lebensabschnitt in guter Erinnerung behalten. Ich wünsche allen Ratsmitgliedern eine schöne Weihnachtszeit und alles Gute im Neuen Jahr.“

- Als dritte Stadträtin wird Maya Widmer auf Ende Jahr zurücktreten. Sie schreibt: „Aus beruflichen Gründen sehe ich mich leider gezwungen, per 31. Dezember 2005 als Stadträtin zurückzutreten. Der Entscheid ist mir nicht leicht gefallen, aber das vergangene Jahr hat ge-

zeigt, dass meine beruflichen und zeitlichen Ressourcen für ein solch gewichtiges Amt zu limitiert sind. Ich bitte um Verständnis und grüsse freundlichst.“

Ich danke allen drei zurücktretenden Stadträtinnen herzlich für ihr Engagement und wünsche ihnen auch im Namen des Stadtrats für die Zukunft alles Gute.

Heute ist Welt-Aids-Tag und wir werden im Stadtrat eine Kollekte durchführen. Man kann eine rote Solidaritätsschleife nehmen und tragen und dafür eine Spende tätigen. Béatrice Stucki zeichnet sich dafür verantwortlich und wird die Kollekte am Schluss in Empfang nehmen.

1 Protokollgenehmigung

Das Protokoll Nr. 26 vom 20. Oktober 2005 wird vom Rat mit Dank an die Verfasserinnen und mit den folgenden Korrekturen genehmigt:

Im Votum von Daniele Jenni (GPB) auf Seite 1398 muss es korrekt heissen: (...) gestellt. Er wurde von den Kommissionen und vom Grossen Rat **verworfen**. Die Variante ist **aber** in der Verfassung (...) festgehalten. Die Variante KV von 1993 entspricht (...). (...) können die Grundrechte der Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit **mit der Variante** besser respektiert werden.

2 Wankdorffeldstrasse 92-96, Liegenschaftserwerb / Projektierungskredit für den neuen Entsorgungshof Nord (Abstimmungsbotschaft)

Geschäftsnummer 05.000290 / 05/183

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat genehmigt die Abstimmungsbotschaft „Wankdorffeldstrasse 92-96: Liegenschaftserwerb und Projektierungskredit für den neuen Entsorgungshof Nord“.
2. Er nimmt zur Kenntnis, dass der Gemeinderat einen Baurechtsvertrag mit der Burgergemeinde Bern für dieses Areal nur abschliessen wird, wenn die Stimmberechtigten dem Kreditantrag zustimmen.

Bern, 14. September 2005

Stefan Jordi (SP) für die Kommission PVS: Es geht heute um die Abstimmungsbotschaft Wankdorffeldstrasse 92-96, Liegenschaftserwerb / Projektierungskredit für den neuen Entsorgungshof Nord. Die Diskussion über das Abfallkonzept, das Abfallreglement, welches in der Zwischenzeit durch den Soverän angenommen wurde, sowie über das vorliegende Projekt wurde im Stadtrat bereits geführt. Es geht heute somit lediglich um die Abstimmungsbotschaft. Die drei genannten Geschäfte wurden im Stadtrat und im Volk angenommen. Der Projektierungskredit und der Liegenschaftskredit für den Entsorgungshof Nord wurde im Stadtrat mit 49 : 25 Stimmen angenommen. Gegen diesen Entscheid wurde das Referendum ergriffen, welches mit 2442 gültigen Unterschriften zustande gekommen ist. Die Kommission PVS hat die Abstimmungsbotschaft diskutiert und die vorliegenden Änderungen zuhanden des Stadtrats einstimmig beschlossen. Wir bitten den Rat, diesen Änderungsvorschlägen zuzustimmen. Falls die Vorschläge umstritten sind, werde ich mir erlauben, zur einen oder anderen Änderung etwas aus Sicht der Kommission zu sagen. Auf der Tischvorlage stehen auch drei Anträge der SVP. Da diese Anträge der Kommission PVS nicht vorgelegen sind, nehme ich als Kommissionssprecher auch keine Stellung dazu.

Fraktionserklärungen

Martin Trachsel (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: In meinem Dorf Krauchthal haben früher Sträflinge des Torbergs den Abfall eingesammelt und in die Deponie gebracht. Später hat dies Kunz von Bolligen übernommen. Eine kleine Gemeinde verfügt nicht über die Ressourcen, um selber einen Abfallwagen zu betreiben und beauftragt deshalb jemand anderen damit. Eine Stadt aber hat andere Dimensionen und Möglichkeiten, um den Service public zu erbringen. Unsere Abfallentsorgung kann sehr gut als Non-profit-Firma betrachtet werden, denn sie wird in einer Sonderrechnung geführt und muss aus den Gebühren kostendeckend finanziert werden. Die Stadt ist eine gute Arbeitgeberin mit ordentlicher Entlohnung und Arbeitsplätzen. Sie bietet doch einige Nischen an Arbeitsplätzen an, welche in den letzten Jahren in der Privatwirtschaft oftmals wegrationalisiert wurden. Es ist auf der Gesetzgebung begründet, dass die Stadt einen Entsorgungshof sucht. So beispielsweise auf der Technischen Bundesverordnung über Abfall vom 10. Dezember 1990, wo steht, dass eine getrennte Abfallbewirtschaftung betrieben werden soll. Der Vollzug ist im Abfallgesetz des Kantons vom 18. Juni 2003 geregelt. Die Stadt Bern hat zudem ab nächstem Jahr ein durch das Volk genehmigtes Abfallreglement, welches die gesetzlichen Grundlagen und Umsetzungen regelt. Die vorliegende Abstimmungsbotschaft gehört zur Umsetzung des Abfallreglements. Es ist mir bekannt, dass es vier Entsorgungshöfe in der Stadt Bern und verschiedene Betriebe gibt, welche ihr Auskommen aus dem Geschäft mit dem Abfall erhalten. Ich habe zudem gehört, dass Leute aus dem Kirchenfeld um den Entsorgungshof Jubiläumsplatz bangen, denn dieser liegt nahe und ist bequem zu erreichen, während die neue Entsorgungsstelle, welche übrigens am Samstag beim Helvetiaplatz eingeweiht wird, kein Bett oder Fahrrad mehr schlucken kann. Auch ich habe mich an unseren Entsorgungshof gewöhnt. Ich weiss jedoch, dass dieser lediglich grob sortiert wird und dort aus den abgegebenen Sachen kein qualifiziertes Recycling gemacht werden kann. Die Preise auf dem Recyclingmarkt ist nicht allzu hoch. Obwohl der Entsorgungshof so nahe liegt, nehme ich zumeist das Auto, um das kaputte Bett oder Fahrrad zu entsorgen. Ein zukünftiger Entsorgungshof wird etwas weiter entfernt liegen, aber dafür kann ich vielleicht mit der Fahrt dorthin einen Einkauf im Wankdorfeinkaufszentrum verbinden. Die Stadt nimmt den Auftrag ernst und möchte sich im Abfallwesen entwickeln und verbessern. Zukünftige Entsorgungshöfe mit einer konsequenten Triage von Materialien sind eine gute Sache und sprechen für Nachhaltigkeit, was in Zukunft in Anbetracht ausgehender Grundstoffressourcen immer wichtiger werden wird. Die GFL/EVP-Fraktion steht voll und ganz hinter der Abstimmungsbotschaft und wir werden die Anträge der PVS unterstützen. Die Anträge der SVP hingegen werden wir ablehnen. Wir haben für unsere Befürwortung folgende Argumente: Seit September 2005 hat die Stadt ein neues Abfallreglement und damit steht die Entwicklung im Bereich Entsorgungshöfe an, weil die heute stark frequentierten Anlagen den Anforderungen nicht mehr in allen Belangen gerecht werden können. Die bestehenden Höfe können nicht vergrössert werden. So kollabiert der Betrieb am Egelsee oftmals am Samstag. Die Autos stehen wartend auf der Strasse und es bleibt kein Platz für Anlieferungen. Der Stadtrat hat den Kauf der Wankdorffeldstrasse 92-96 mit 49 : 25 Stimmen klar genehmigt. Es geht hier zudem darum, ein Industriegelände für städtische Bedürfnisse zu sichern. Ohne Land ist eine zukunftsweisende Abfallbewirtschaftung nicht möglich. Ein zukünftiger Entsorgungshof Wankdorffeldstrasse 92-96 kann die zentrale Triagestelle der Stadt werden. Der Standort ist, mit Ausnahme eines gewissen entstehenden Mehrverkehrs, in einem Quartier mit einem Bahnanschluss ideal. Entsorgungshöfe ergänzen zudem die neuen 18 Quartierentsorgungsstellen. Die bestehenden vier Entsorgungshöfe werden so lange betrieben, bis neue Entsorgungshöfe bereit stehen. Wir alle produzieren von Jahr zu Jahr mehr Abfall. Wir sollten der Stadt die Chance geben, Aufgaben gut zu lösen. Die GFL/EVP-Fraktion ist überzeugt, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Abstimmungsbotschaft differenziert lesen

werden und sich nicht auf Behauptungen und eine konzeptlose Abfallbewirtschaftung einlassen möchten.

Annette Lehmann (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die SP/JUSO-Fraktion hat das Abfallkonzept unterstützt, sie trägt das Abfallreglement mit und sagt folglich auch deutlich Ja zum Projekt Entsorgungshof Nord. Dies nicht, weil sie Ja sagen muss, sondern weil sie vom Weg überzeugt ist, den die Stadt Bern in Sachen Abfall in Zukunft beschreiten möchte. Das Prinzip lautet Nachhaltigkeit. Dies muss immer wieder gesagt werden, weil es nach wie vor solche gibt, die das noch immer nicht begreifen wollen. Das schweizweit fortschrittlichste Abfallkonzept soll ökologisch sein und darin bestehen, dass man Abfall vermeidet, Wertstoffe sammelt und wieder verwertet. Das Konzept soll sozial und benutzerinnen- und benutzerfreundlich sein. Der Abfall wird nahe beim Kunden geholt und es werden Sammelstellen errichtet. Das Ganze soll wirtschaftlich sein, das heisst, optimierte Betriebsabläufe und eine bessere Sortierung der Wertstoffe nach dem Verursacherprinzip. Obwohl das Volk diesen Weg bestätigt hat, wurde das Referendum aus Kreisen ergriffen, welche immer wieder auf den Volkswillen hinweisen, wenn es ihnen nützlich ist. Es lohnt sich, die Argumente des Referendumskomitees genauer zu betrachten. Zum einen das Argument, dass 23 Mio. Franken Steuergelder verschleudert werden. Korrekt ist jedoch, dass der Entsorgungshof Nord inklusive der am 12. Februar 2006 zur Debatte stehenden 3 Mio. Franken Liegenschaftserwerb und Projektierungskosten 17 Mio. Franken kosten wird. Zum Argument der unabschätzbaren Folgekosten: Die Folgekosten sind klar und werden abnehmen. Durch eine verbesserte Wertstoffsartierung kann ein höherer Weiterverkaufspreis erreicht werden. Dies zum Wohle der städtischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Zum Argument eines überdimensionierten staatlichen Entsorgungshofs: Die Abfallentsorgung ist eine Aufgabe der Stadt. Würde jemand zahlreiche private Kehrrechtswagen in den Quartierstrassen bevorzugen? Die neuen Entsorgungshöfe entsprechen den heutigen und zukünftigen Abfallmengen. Die bestehenden Entsorgungshöfe können das angelieferte Volumen kaum noch bewältigen. Es braucht einen vernünftigen Ausbau der Infrastrukturen. Mit den 18 Quartierentsorgungsstellen und den zwei neuen Entsorgungshöfen ist dies richtig dimensioniert gegeben. Zur Befürchtung, dass private Arbeitsplätze vernichtet werden: Die Stadt ist gesetzlich verpflichtet, den auf städtischem Gebiet anfallenden Abfall zu einzusammeln. Heute liefert die Stadt die unsortierten Wertstoffe an Zwischenhändler ab. Mit den neuen Entsorgungshöfen kann sich die Stadt den unsinnigen Weg über den Zwischenhändler sparen und sie direkt und ökologisch der weiterverarbeitenden Industrie liefern. Die Industrie ist privat und dies wird auch so bleiben. Mit dem Entsorgungshof Nord wird keine bestehende private Anlage konkurriert, weil es in Bern gar keine solche Anlage gibt. Unter dem Strich wird kein einziger Arbeitsplatz vernichtet. Behaupten kann man dies zwar immer, aber die Aussage wird dadurch nicht wahrer. Zur Befürchtung der Konkurrenzierung des heimischen Gewerbes: In der Abfallwirtschaft gibt es ausser dem Transportgewerbe heute kaum kleine, unabhängige und regional tätige Betriebe. Erst mit der vorgesehenen Sortierung der Wertstoffe kann die Stadt Bern den Markt wieder herstellen, weil sie die Wertstoffe in der Qualität liefern kann, wie sie die private weiterverarbeitende Industrie verlangt. Hier können und müssen die in der Region vorhandenen Betriebe der Stadt ihre Angebote offen und transparent unterbreiten. Zur Quartierverträglichkeit: Eine unabhängig erstellte UVP hat eine grundsätzliche Umweltverträglichkeit des Projektes ergeben. Der Dialog Nordquartier hat das Projekt genau unter die Lupe genommen und ihm mehrmals zugestimmt. Das Gebiet befindet sich nicht in der Mitte eines Wohnquartiers, sondern am Rand, begrenzt durch eine Bahnlinie, andere Gewerbebauten und eine Strasse. Es liegt in die Industriezone eingebettet. Wohnen eignet sich dort übrigens absolut nicht. Zudem liegt es am Rande des Entwicklungsschwerpunktes. Die Um- und Entladeprozesse werden in isolierten Hallen stattfinden, somit entsteht weniger Lärm als bei der früheren Verwendung von Industrieanlagen. Ge-

samtstädtisch gesehen, kann der Verkehr durch die Realisierung des Abfallkonzeptes reduziert werden. Heute muss der Kehrriem der bestehenden Höfe mehrmals täglich mit Lastwagen abgeholt werden. Diese Fahrten werden mit den neuen Entsorgungshöfen wegfallen. Zudem werden die 18 Quartierentsorgungsstellen den Alltagsabfall aufnehmen und damit fallen MIV-Fahrten weg. Mit dem Abtransport der Wertstoffe per Bahn werden ebenfalls Lastwagenfahrten wegfallen. Zusammenfassend gilt zu sagen: Wer den Projektierungskredit am 12. Februar 2006 ablehnt, verbaut der Stadt Bern die Möglichkeit, eine ökologische, wirtschaftliche und soziale Abfallentsorgung, welche das Stimmvolk abgesegnet hat, umzusetzen. Zudem nimmt man bei einer Ablehnung in Kauf, dass Steuergelder verschleudert werden, da die Stadt bei der Suche nach geeigneten Standorten wieder bei Null beginnen muss und die Vorinvestitionen verliert. Der Entsorgungshof Nord ist ein vernünftiges, sauberes und quartierverträgliches Projekt. Die Fraktion SP/JUSO stimmt allen Anträgen der PVS zur Abstimmungsbotschaft zu. Die Anträge der SVP/JSVP-Fraktion werden wir ablehnen.

Natalie Imboden (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die Fraktion GB/JA! unterstützt den Kredit für den Entsorgungshof Nord, weil wir es als sinnvoll erachten, dass auf diesem Gelände eine Projektierung gemacht und das Grundstück jetzt gesichert wird, damit der Entsorgungshof gebaut werden kann. Aus folgenden drei Gründen sind wir für das Ganze: Wer zum Abfallkonzept Ja sagt, muss auch Ja zum Entsorgungshof sagen, denn nur so ist das Abfallkonzept der Stadt Bern umsetzbar. Die Bernerinnen und Berner werden in den nächsten Jahren nicht nur ein ökologisches und wirtschaftlich effizienteres Abfallwesen erhalten, sondern darüber hinaus werden sie auch mehr Dienstleistungen haben, da es zwei grosse Entsorgungshöfe geben wird. Zusätzlich wird es 18 Quartierentsorgungsstellen für die täglich anfallenden Dinge wie PET oder Batterien geben, welche entsorgt werden müssen. Der Entsorgungshof Nord ist eine effiziente und optimierte Version. An diesem Ort wird man die Wertstoffe besser sortieren und für die Weiterverarbeitung brauchen können. Die Arbeitsplätze der Privaten sind damit nicht gefährdet. Die Stadt wird jedoch effizienter arbeiten, zudem kann sie die Betriebskosten optimieren und Einnahmen über den Wertstoffverkauf generieren. Nach wie vor sind private Betriebe nachgelagert. Diese Zusammenarbeit ist möglich und auch notwendig. Es ist uns wichtig, dass der Entsorgungshof ein Beitrag für eine umweltfreundlichere und quartierverträgliche Abfallentsorgung ist. Was heisst quartierverträglich? Wenn ein Entsorgungshof im Quartier geschlossen oder später zugunsten eines grösseren Entsorgungshofes aufgehoben wird, lehnen die Leute das ab. Wenn jedoch ein neuer Entsorgungshof eröffnet werden soll, wollen die Leute nicht, dass er im Quartier entsteht. Es gilt hier eine Balance zu finden. Mit dem vorliegenden Projekt ist diese Balance unserer Ansicht nach gewährleistet, weil sich das Ganze am Rande eines Quartiers befindet und mit einem Eisenbahnanschluss in der Nähe optimale Voraussetzungen bietet, um möglichst viele der notwendigen Transportfahrten über die Gleise abwickeln zu können. Es ist klar, dass es auch den einen oder anderen Lastwagen brauchen wird. Wenn das Referendumskomitee schreibt, es wolle keine stinkende, lärmige und teure Abfallfabrik im Nordquartier und vor allem die Verkehrsfragen thematisiert, muss ich an die Adresse der bürgerlichen Parteien die Bitte richten, doch auch sonst bei der Verkehrsberuhigung im Nordquartier mitzuhelfen und damit substantiell etwas zu unternehmen, um der Bevölkerung etwas zu bieten. Abfallentsorgung ist einfach notwendig, ob sie sich nun im Nordquartier oder einem anderen Quartier befindet. Die Behauptungen, welche die Referendumsseite aufstellt, sind untragbar und haben mit Wahrheit nicht mehr viel zu tun. Wenn etwas stinkt, ist es mit Sicherheit nicht der Entsorgungshof Bern Nord, denn die Entsorgung wird in gedeckten Anlagen stattfinden. Die Referendumsseite betreibt einfach Propaganda. Wenn etwas stinkt, ist es die Argumentation der Referendumsträgerinnen und -träger und sicher nicht der Entsorgungshof Nord. Die Fraktion GB/JA! wird den Anträgen der Kommission PVS zustimmen. Die drei vorliegenden Anträge der SVP können wir nicht unterstützen. Es ist

absurd, im ersten Antrag zu schreiben, dass eine Wirtschaftlichkeitsrechnung noch nicht gemacht werden könne. Es ist logisch, dass jetzt noch keine Wirtschaftlichkeitsrechnung gemacht werden kann, denn dies ist erst nach der Projektierung möglich. Auch der zweite Antrag ist absurd, denn es gibt einen Eisenbahnanschluss in diesem Gebiet und dies soll auch so in der Abstimmungsbotschaft stehen. Die Anträge der SVP sind abzulehnen, denn sie sind mehr als nur Augenwischerei. Sie sind vielmehr unsauber bis zum Letzten.

Erich Hess (JSVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Es ist in der Tat so, dass heute nicht über den Entsorgungshof selber diskutiert werden soll. Aber wenn uns vorgeworfen wird, wir würden bei diesem Abstimmungskampf falsche Zahlen verwenden, möchte ich das zurückweisen. Annette Lehmann hat gesagt, dass das ganze Projekt nicht mehr als 17 Mio. Franken kosten wird. Anscheinend kann die SP aber nicht rechnen. In der Abstimmungsbotschaft steht, dass die Projektierung und der Landkauf etwas mehr als drei Millionen kosten. Die Kosten des Baus belaufen sich auf 17 Mio. Franken, plus minus 20 Prozent. Da die Stadt die Kredite zu meist voll ausschöpft, können die 20 Prozent noch voll dazugerechnet werden. Damit kommt man auf etwas mehr als 23 Mio. Franken. Die Aufgabe der Stadt besteht darin, in der Abstimmungsbotschaft dem Volk, basierend auf belegten Fakten, die Wahrheit darzulegen. In der vorliegenden Abstimmungsbotschaft wird die Wahrheit bis aufs Letzte verbogen. Mit dem Stimmvolk darf keine solche Augenwischerei betrieben werden. Aus diesem Grund hat die Fraktion SVP/JSVP die vorliegenden Anträge gestellt. Wir haben uns absichtlich nur auf drei Anträge konzentriert, weil es zu weit führen würde, wenn die ganze Botschaft noch einmal neu geschrieben werden müsste. Zum ersten Antrag: Eine detaillierte Wirtschaftlichkeitsrechnung ist bis anhin nicht vorhanden. Damit dem Volk die Kosten und Auswirkungen auf die Gebühren aufgezeigt werden können, muss man dem Volk bereits bei der ersten Abstimmung sagen können, worin die Konsequenzen bestehen werden. Wenn noch keine Wirtschaftlichkeitsrechnung gemacht werden konnte, muss man dem Volk sagen, dass man eine solche noch nicht erstellt hat. Zum zweiten Antrag: Bezüglich Gleisanschluss möchte ich den Gemeinderat fragen, ob er konkrete Verträge mit den SBB abgeschlossen hat, dass diese den Abfall abführen werden. Bei der Bahn wird im Güterverkehr viel eingespart und damit ist eine Abführung des Kehrichts per Bahn unsicher. Das Argument des Eisenbahnanschlusses könnte in der Botschaft erst dann verwendet werden, wenn ein Vertrag mit den SBB vorhanden wäre, dass sie den Kehricht von dort abführen werde. Die Abstimmungsbotschaft enthält zudem Widersprüche. Auf Seite 6 widersprechen sich die Inhalte der Abschnitte „Zusammen mit Privaten“ und das fettgedruckte im grau unterlegten Kasten unten links. Im Abschnitt „Zusammen mit Privaten“ steht, dass die Stadt die Feinsortierung nun auch übernehmen werde, während im grauen Kästchen steht, dass keine privaten Betriebe konkurriert werden. Wenn man Aufgaben übernimmt, welche vorher von Privaten erledigt wurden, kann man nicht sagen, dadurch werde niemand konkurriert. Mit solchen Aussagen wird das Stimmvolk angelogen. Ich bitte den Rat im Namen der Fraktion SVP/JSVP, die drei Anträge der SVP/JSVP-Fraktion anzunehmen. Da die Botschaft sehr viele Mängel aufweist, werden wir die ganze Botschaft ablehnen.

Stephan Hügli für die Fraktion FDP: Die Fraktion FDP hat damals das Abfallkonzept zur Kenntnis genommen und waren der Meinung, dass die guten Punkte daran im Grossen und Ganzen überwiegen. Das vorliegende Geschäft ist Teil eines Gesamtkonzeptes. Die Fraktion FDP befürwortet die Quartierentsorgungsstellen und eine Modernisierung derselben. Ob es zu diesem Preis und in der geplanten Ausführung sein soll, sei dahingestellt, aber grundsätzlich sind wir für die Realisierung der 18 Quartierentsorgungsstellen. Wir sind für die Erstellung von zwei bis vier Entsorgungshöfen in der Stadt Bern, damit die Leute grössere Abfallgüter dort sinnvoll und intelligent entsorgen können. Wir haben grundsätzlich nichts gegen einen

Entsorgungshof im Nordquartier einzuwenden. Allerdings möchten wir ihn nicht so wie vorgeschlagen. Wir möchten ihn nicht zum vorgesehenen Preis, nicht an diesem Ort und wir haben auch noch einige Überlegungen bezüglich Wirtschaftlichkeit eines solchen Projekts angestellt. Zum Standort: Wir sind gegen das Projekt, weil es zu Mehrverkehr in der ganzen Stadt führen wird. Nicht zuletzt wird der Abfall der anderen Entsorgungshöfe und -stellen in diesem Entsorgungshof zwischengelagert. Anstatt dass man den Abfall aus den Entsorgungsstellen direkt an die Orte der definitiven Verwertung bringt, wird er zunächst im Entsorgungshof zwischengelagert, um anschliessend zu einem geringen Anteil mit der Bahn und zu einem grossen Teil per Lastwagen wieder verteilt zu werden. Mit dem Entsorgungshof wird im ganzen Quartier Mehrverkehr entstehen. Die Schätzungen gehen hier sehr stark auseinander. Gemäss meinen Berechnungen werden es 600 bis 1000 Fahrzeuge mehr sein. Wenn man die Berechnungen der Stadt beizieht, kommt man lediglich auf etwa 300 Fahrzeuge mehr. Die Zufahrt in der Wankdorffeldstrasse ist ausserordentlich schlecht. Ich kenne die Verhältnisse sehr gut, da ich dort das Gründerzentrum gegründet und geleitet habe. Sowohl ich als auch unsere Kunden haben den Linksabbieger von der Stauffacherstrasse her nicht bemerkt. Ich wurde angefragt, ob ich hier nicht etwas unternehmen könnte, da das gar keinen Sinn mache. Ich habe darauf bei der Stadt angerufen und die Leute von der Verkehrsplanung haben mir gesagt, dass dieser Linksabbieger nicht aufgehoben werden könne, weil es sich dabei um eine Verkehrsberuhigungsmassnahme handle, damit nicht zu viele Leute vom Schlachthofareal her links abbiegen und direkt zur Migros fahren. Damit werde die Bevölkerung vor dem Mehrverkehr geschützt. In diesem Falle handelt es sich wohl um etwa 200 Fahrzeuge, während es sich beim Projekt Entsorgungshof um 300 bis 1000 Fahrzeuge handelt. Dies geht nun plötzlich, weil die Stadt etwas im eigenen Interesse realisieren möchte. Wir sind zudem gegen das Konzept, weil Arbeitsplätze von privaten Anbietern in Gefahr sind. Dies insbesondere wegen der geplanten Sortierung. Ob der SBB-Bahnanschluss über die Zeitspanne von 20 bis 80 Jahren, in der man eine solche Investition tätigt, gewährleistet ist, konnte uns niemand beantworten und damit darf nicht einfach davon ausgegangen werden. Wir haben zudem einige wirtschaftliche Überlegungen angestellt: Ich kann verstehen, dass der Leiter Abfallentsorgung Beat Hunziker das Geschäft mit dem Altpapier selber machen möchte, anstatt es Privaten zu überlassen. Wenn ich diejenigen Privaten, welche dies machen, frage, wie sie dazu stehen, bekomme ich zur Antwort, dass sie an diesem Geschäft praktisch nichts verdienen. Sie haben lediglich darum etwas davon, weil ihnen das Ganze einen Deckungsbeitrag bringt und sie das Geschäft mit den anderen zwei Dritteln machen. Die Stadt hilft hier durchaus mit, dass die Privaten nicht schlechter abschliessen, aber eigentlich verdienen sie daran nichts. Die Stadt möchte für das Projekt 17 bis 20 Mio. Franken auslegen. Die Stadt möchte 30 Franken mehr pro Tonne Altpapier bekommen. In der Stadt Bern werden jährlich gut 10 000 Tonnen Altpapier produziert und verkauft. Damit möchte die Stadt Bern Mehreinnahmen von 300 000 Franken erzielen. Wenn der Zins von 18 Mio. Franken zu 5 Prozent gerechnet wird, ergibt das 900 000 Franken. Der Zinsaufwand, den man für die Tötigung dieser Investition leisten möchte, ist damit dreimal höher als der Gewinn, den man aus der Investition ziehen wird. Aus diesem Grund ist das Projekt nicht wirtschaftlich. Ich weiss, dass man nicht so einfach rechnen kann. Ich habe gefragt, ob es einen Businessplan für dieses Projekt gebe. Ein solcher existiert nicht, aber man möchte ihn mit dem Projektierungskredit erstellen. Es gehört jedoch immer an den Anfang eines Projekts und zur Planung der zuständigen Stellen, zumindest einen groben Businessplan zu erstellen, bevor man, wie in diesem Fall einen Projektierungskredit von 3 Mio. Franken auslegt. Ich möchte den Gemeinderat anfragen, ob er die Option gegenüber der Burgergemeinde verlängert hat, denn diese ist am 30. November 2005 abgelaufen und am 29. November 2005 lag noch keine Verlängerung vor. Die Burgergemeinde könnte das Areal jemand anderem verkaufen oder das Baurecht an jemand anderen vergeben. Die Option für die Stadt war nur bis zum 30. November 2005 offen. Wenn man von

300 000 Franken ausgeht, die man mehr verdienen möchte und 18 Mio. Franken investiert, die Zinsen dabei jedoch nicht rechnen würde, ginge es 60 Jahre bis das ganze Projekt amortisiert wäre. Solche Überlegungen sollten angestellt werden, bevor über diesen Standort abgestimmt wird. Zur Botschaft: Die Fraktion FDP wird den Anträgen der SVP/JSVP zustimmen. Die Anträge der Kommission werden wir annehmen und den einen oder anderen ablehnen.

Einzelvoten

Lydia Riesen (SD): Die Interessengruppe gegen den geplanten Entsorgungshof Bern Nord hält, wie sie bereits in einem Brief an die Direktion PVS mitgeteilt hat, daran fest, dass sie im Nordquartier keine Abfallfabrik mit Mehrverkehr und den daraus resultierenden Signalwirkungen möchte. Der geplante Entsorgungshof würde zu einem massiven Mehrverkehr im Nordquartier führen. Sämtliche Anlieferungen der Entsorgungsgüter und die Wegschaffung der Materialien werden mit Lastwagen erfolgen, was zu einer unsäglichen Belastung der Bewohnerinnen und Bewohner führt. Die Zufahrt zum Entsorgungshof ist zudem über eine Quartierstrasse geplant, die von Schülerinnen und Schüler als Veloweg benutzt wird. Der geplante Entsorgungshof ist im wahrsten Sinne des Wortes deplaziert. Es kann doch nicht sein, dass die Stadt Bern mitten in einem Wohnquartier und im Zentrum des Entwicklungsschwerpunktes ESP Wankdorf eine Abfallfabrik für fast 20 Mio. Franken bauen und betreiben möchte. Der Stadtpräsident Alexander Tschäppät hat vor einiger Zeit verlauten lassen, dass der ESP Wankdorf ein Gebiet mit Ausstrahlung werden solle. Ich stelle mir nun wirklich die Frage, um welche Art von Ausstrahlung es sich hierbei handeln soll. Immerhin werden das Nordquartier beziehungsweise die Bewohnerinnen und Bewohner des Wankdorfs bereits heute vom Verkehr überschwemmt und geplagt. Es gibt die S-Bahnstation, das Stade de Suisse mit dem Einkaufszentrum, die Bern Arena, das Leichtathletikstadion und den Autobahnzubringer zur Migros. Jetzt möchten sie uns auf diesen schmalen Strassen, welche zum Teil noch immer wegen der Verkehrsüberlastung als Einbahnstrassen genutzt werden, auch noch eine Abfallfabrik zumuten, welche sogar von Auswärtigen mit Lastwagen benutzt würde, um ihre verschiedenen, teilweise sogar sehr übel riechenden Wertstoffe zu entsorgen. Dies selbstverständlich gegen Bezahlung, wie die Stadt sagt. Die Stadt möchte um jeden Preis mit dem Verkauf der sortierten Stoffe Geld verdienen. Es ist jedoch bereits heute bekannt, dass zwei der bestehenden Entsorgungshöfe nicht genügend ausgelastet sind. Demnach müsste sich die Stadt Bern aus finanziellen Gründen gezwungenermassen in den umliegenden Gemeinden bemühen, um genügend Abfall für die Auslastung der neuen Sortieranlagen akquirieren. Die Stadt möchte sogar als Abfallverkäuferin neu auf dem freien Markt auftreten. Woher nimmt die Stadt das Fachwissen und die Erfahrung, die es dazu braucht? Warum möchte die Stadt ihre Position im Abfallgeschäft stärken und damit die Berner Entsorgungsunternehmen gefährden? Ist ein solches Vorgehen wirklich wirtschaftsfreundlich? Ich möchte abschliessend noch einmal betonen, dass wir in unserem Quartier keine Abfallfabrik möchten. Das Projekt Entsorgungshof Bern Nord gehört selber entsorgt. Dies entweder ins Forsthaus, auf das Schlachthofareal oder an einen andern Ort. Auf jeden Fall gehört es an einen Platz ausserhalb eines dicht besiedelten Wohnquartiers. Wir hoffen, dass nicht nur die SD, sondern auch das Stimmvolk den dafür beantragten Projektierungskredit ablehnt.

Daniel Lerch (CVP): Auch wenn wir heute die Botschaft diskutieren, wurden doch einige Aussagen gemacht, welche ich nicht einfach so stehen lassen kann. Wir sind der Meinung, dass die Ansiedlung eines Entsorgungshofes in diesem Gebiet richtig ist. Das Quartier trennt sich vom Wohnen durch Gewerbe- oder Industriezone. Genau an diesem Punkt liegt das Problem. Wenn der Entsorgungshof weiter hinten liegen würde, könnten wir dem zustimmen, weil sich dann zu beiden Seiten Gewerbezone befinden würde. Der vorgesehene Standort befindet sich

jedoch gegenüber einer Wohnzone, welche ohnehin schon arg geplagt ist, denn auf der einen Seite befindet sich die Hauptstrasse und auf der anderen die Zufahrt zur Migros und zur Handwerkerstadt. Zusätzlich soll nun noch diejenige zum Entsorgungshof dazukommen. Deshalb haben wir ein Problem damit, wenn gesagt wird, es werde weder Mehrverkehr noch Mehrlärm entstehen. Dies darf so in der Botschaft nicht suggeriert werden. Die Botschaft darf nicht beschönigend sein. Wir werden die verschiedenen Abänderungen kritisch prüfen. Wir sind der Meinung, dass sich das Schlachthofareal besser eignen würde, vor allem, wenn darauf spekuliert wird, Aussengemeinden für die Abfallentsorgung mit einzubeziehen. Ein Eisenbahnanschluss wäre auch beim Schlachthof vorhanden, wobei es zu bedenken gilt, dass die SBB publiziert haben, dass sie den detaillierten Warenverkehr einschränken möchten. Ob die Stadt Bern die Chance haben wird, von den SBB bedient zu werden, ist noch ungewiss. Der Dialog Nordquartier wird erwähnt. Wir alle wissen, dass der Dialog Nordquartier gegenüber dem vorgeschlagenen Standort eher ablehnend ist. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass in der Botschaft nicht suggeriert wird, dass der Dialog Nordquartier den Standort befürwortet.

Beat Schori (SVP): Wir möchten zuerst eine Rechnung vorliegen haben, bevor wir Geld aufwenden. Es ist eigentlich üblich, dass man zuerst überprüft, ob eine solche Investition überhaupt rentieren kann. Unsere Anträge betreffen die Botschaft. In dieser sollen Dinge stehen, welche der Wahrheit entsprechen. Die Änderungen, welche wir beantragen, würden näher bei der Wahrheit liegen. Ich bitte den Rat, die drei Anträge zu unterstützen. Es war zu lesen, dass SBB Cargo den Güterverkehr drastisch einschränken möchte und ich gehe nicht davon aus, dass die SBB den Entsorgungshof der Stadt Bern speziell bedienen werden. Wir wären froh, wenn der Gemeinderat noch zur Frage Stellung beziehen würde, ob er einen Vertrag mit den SBB abgeschlossen hat. Über den Dialog Nordquartier wird behauptet, er habe dem Projekt mehrfach zugestimmt. Ich habe mit Leuten gesprochen, welche im Nordquartier wohnen und ich habe den Eindruck, dass die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber dem Entsorgungshof sehr schlecht ist. Der Entsorgungshof ist nicht unbedingt erwünscht, weil das Quartier durch den Verkehr ohnehin bereits arg belastet ist. Wir möchten eine Mehrbelastung in diesem Gebiet vermeiden. Wir können über das Geschäft leider nicht mehr diskutieren, aber das Stimmvolk wird es ablehnen.

Raymond Anliker (SP): Erich Hess hat behauptet, wir könnten nicht rechnen. Der Projektkredit ist Bestandteil des Gesamtkredits von 17 Mio. Franken, wie das auf Seite 5 der Botschaft nachgelesen werden kann. Die 17 Mio. Franken werden mit einer Genauigkeit von plus minus 20 Prozent angegeben. Wenn man nun diese 20 Prozent dazu rechnen würde, käme man auf maximal 20,4 Mio. Franken, wenn man sie abzieht minimal auf 13,6 Mio. Franken. Zudem ist zu sagen, dass der Entsorgungshof weder im Zentrum eines Wohngebietes noch im Zentrum des ESP Wankdorf liegt. Es wurde mehrfach die Forderung nach einer Wirtschaftlichkeitsrechnung erhoben. Es wurden diesbezüglich bereits Überlegungen angestellt und es liegt eine Machbarkeitsstudie vor. Die Wirtschaftlichkeitsstudie wird erst dann gemacht, wenn der Kredit gesprochen wurde. Die Machbarkeitsstudie bestätigt im Grundsatz, dass das geplante Projekt wirtschaftlich realisierbar ist. Beispielsweise wird bei der Sortieranlage festgehalten, dass sie innerhalb weniger Jahre amortisiert werden kann. Die Abfallentsorgung wird nach wie vor defizitär bleiben, auch wenn wir den Entsorgungshof realisieren können. Mit dem Entsorgungshof wird es jedoch ein weniger defizitäres Geschäft für die Stadt. Dass der Dialog Nordquartier mehrfach zugestimmt hat und das Projekt nach wie vor mehrheitlich unterstützt, ist eine Realität. Natürlich kann man mit Leuten im Quartier sprechen, welche genau das Gegenteil behaupten, aber ich denke, diese Leute stehen nicht für die Haltung der Mehrheit. Ich möchte davor warnen, die Verkehrsbelastung des Nordquartiers dann zu instrumentalisieren, wenn sie vermeintlich nützlich sein soll. Gegen die Verkehrsbe-

lastung im Nordquartier sollte man sich auch dann einsetzen, wenn es um handfeste Taten geht, wie die Entwicklung anderer Projekte im Nordquartier.

Dieter Beyeler (SD): Wir brauchen uns seitens der SP keine Belehrungen betreffend Standort des neuen Entsorgungshofs Nord anzuhören, denn Lydia Riesen wohnt dort. Ich möchte auf eine Widersprüchlichkeit in der vorliegenden Abstimmungsbotschaft hinweisen. Auf Seite 6 wird im Absatz „Zusammen mit Privaten“ vermerkt, dass die rechtlich der Stadt gehörenden Abfälle und Werkstoffe nicht mehr direkt, sondern sortiert an die weiter verarbeitende Industrie verkauft werden sollen, womit höhere Erlöse erzielt werden könnten. Irgendjemand kann hier offenbar nicht rechnen beziehungsweise ist über Abläufe in der Industrie nicht informiert. Eine solche Sortierung erfordert natürlich auch entsprechend Personal, Zeit und Maschinen. Das wird mit keinem einzigen Wort erwähnt, geschweige denn dem gegenüber aufgewogen, dass man die Abfälle und Werkstoffe direkt abgeben kann. Es sei dahingestellt, ob dies wesentlich oder unwesentlich ausgelassen wird. Jedenfalls ist eine solche Aussage in der Argumentation weder professionell noch glaubwürdig. Der Hinweis auf eine günstige Auswirkung auf die Kehrrichtgebühren, ist somit rein schlitzohrig.

Direktorin TVS *Regula Rytz* für den Gemeinderat: Die inhaltliche Diskussion zum Entsorgungshof Nord wurde am 26. Mai 2005 geführt. Gemeinderat und Parlament haben sich klar für einen Entsorgungshof Nord ausgesprochen und wir diskutieren heute somit nur noch über die Botschaft für die Referendumsabstimmung. Ich kann mich deshalb kurz halten und auf einige wesentliche Punkte und Fragen konzentrieren. Es gilt klarzustellen, dass es sich hier nicht um eine Abfallfabrik handelt, sondern es geht darum, die vier bestehende Entsorgungshöfe, von denen übrigens drei in Wohnquartieren liegen, auf zwei grosse Entsorgungshöfe zu konzentrieren. Dies ist effizienter und ökologischer. Das Serviceangebot wird mit der Umsetzung unseres Abfallkonzeptes für die ganze Bevölkerung ausgebaut. Parallel zu den beiden grossen Entsorgungshöfen werden Quartierentsorgungsstellen eingerichtet und das Ökoinfo-Mobil wird durch die Stadt geschickt. Wenn man in diesen Quartierentsorgungsstellen, welche nach und nach in Betrieb genommen werden, mehr Wertstoffe als bisher separat sammelt, brauchen wir auch eine Sortierungsanlage, damit wir Wertstoffe so aufarbeiten können, dass wir sie zu einem guten Teil per Bahn für einen angemessenen Preis an private Wertstoffverwertungsfirmen weiterverkaufen können. Auch die private Wirtschaft wird nach wie vor ein ganz wichtiger Player in diesem Spiel sein. Ich kann deshalb die geäusserten Ängste nicht ganz verstehen. Ich kann vor allem die Behauptung, wir würden in grosser Zahl private Arbeitsplätze gefährden, nicht nachvollziehen. Eine solche Aussage ist ganz klar falsch, denn es wird auch weiterhin separate Glassammelstellen von Privaten in der Stadt geben. Wir werden auch weiterhin mit privaten Recyclingfirmen zusammenarbeiten. Auch diese werden mit Lastwagen durch die Stadt fahren. Damit ändert sich am Ganzen nichts, es werden lediglich Verlagerungen auf einen anderen Prozess stattfinden. Ich möchte noch zu den gestellten Fragen Stellung beziehen. Zur Frage nach Verhandlungen mit den SBB: Wir haben selbstverständlich Erkundigungen eingeholt und Abklärungen bezüglich Bahnanschluss vorgenommen. Unsere aktuellste Information lautet, dass dieser Bahnanschluss auch in Zukunft nutzbar sein wird. Stephan Hügli hat nach der Verlängerung der Option auf das Gelände gefragt. Eigentlich hätten wir gerne im November abgestimmt, nun kann aber die Abstimmung erst im Februar stattfinden und deshalb müssen und wollen wir die Option auf das betreffende Gelände verlängern. Dies ist zurzeit im Gange und es sollte immer noch so sein, dass wir über etwas abstimmen, das verfügbar ist, aber wir müssen uns bis zum Februar entscheiden. Ansonsten wird dort eine andere Industrie- und Gewerbenutzung gemacht. Es ist nämlich eines der wenigen Gelände im Nordquartier, auf welchem Industrie- und Gewerbenutzung realisiert werden kann. Ich erachte es als etwas seltsam, dass von Vertretern der bürgerlichen Parteien, Ängste

in den Raum gestellt werden, wir würden private Arbeitsplätze gefährden und man zudem davon ausgeht, dass privatwirtschaftliche Betriebe eine staatliche Abnahmegarantie hätten. In diesem Markt werden wir immer Veränderungen haben. In Zukunft werden wir die verwertbaren Stoffe an diejenigen Firmen verkaufen, welche den besten Preis bieten. Da können wir dank der Sortieranlage mehr rausholen. Das ist im Beschaffungswesen wie auch in der Privatwirtschaft ein Normalzustand. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass wir den marktwirtschaftlichen Wettbewerb in Frage stellen wollen, indem wir private Abnahmegarantien vom Staat her akzeptieren. Das Ganze ist ein normaler Markt, wie er beispielsweise auch im Baubereich funktioniert. Dagegen kann wohl niemand etwas haben, vor allem auch die FDP nicht. Ich freue mich auf die Diskussion, welche bis im Februar kommen wird. Ich gehe davon aus, dass sie von beiden Seiten mit starken Argumenten geführt wird. Ich hoffe aber, dass die Diskussion fair geführt wird, denn wir möchten der Bevölkerung ein gutes Abfallwesen anbieten können. Ich bin überzeugt davon, dass diejenigen, welche die Vorlage möchten und sie bisher in der Mehrheit beraten konnten, gute Argumente haben und auch eine gute Abstimmung haben werden.

Anträge Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS)

Titelseite ergänzen

Ergänzen mit Luftbild (siehe Beilage) und folgender Legende

Der neue Entsorgungshof Nord soll auf dem Areal Wankdorffeldsatriasse 92-96 zwischen der Wankdorffeldstrasse und dem SBB-Gleisfeld erstellt werden

Seite 3, 1. Spalte, 3. Abschnitt, ergänzen, neues Lemma am Anfang- die Kehrrichtabfuhr – wie bis anhin – in der Regel vor der Haustüre

Seite 3, 2. Spalte, oben, drittes Lemma ändern

Sammlung von Sonderabfällen in **allen** Quartieren

Seite 4, 2. Spalte, 2. Abschnitt, 1. Lemma streichen

Sie werden wirtschaftlicher und umweltfreundlicher und ein grosses Serviceangebot bereitstellen.

Seite 4, 2. Spalte, 2. Abschnitt, 1. Lemma ersetzen

Die städtische Abfallentsorgung wird wirtschaftlicher und umweltfreundlicher.

Seite 4, 2. Spalte, 2. Abschnitt, 2. Lemma ergänzen

Die Bevölkerung und das Gewerbe erhalten ein benutzerfreundliches Serviceangebot.

Peter Bernasconi (SVP): Wir bestreiten diesen Antrag der PVS und empfehlen dem Rat, den Text in der Abstimmungsbotschaft zu belassen. Wir sind der Meinung, dass die Entsorgungshöfe nicht benutzerfreundlicher sind, denn die Wege zu den vormals vier Entsorgungshöfen waren kürzer als zu den beiden vorgesehenen.

Seite 4, 2. Spalte, grau unterlegter Kasten streichen

Entsorgungshöfe sind heute attraktive und überall stark frequentierte Anlagen, ohne die unsere Wegwerfgesellschaft nicht mehr auskommt.

ersetzen durch:

Die geplanten neuen Entsorgungshöfe sollen die alten überlasteten Höfe ersetzen. Sie sollen weniger Lärm und Geruch verursachen und sind den Bedürfnissen einer wirtschaftlichen, umwelt- sowie benutzerfreundlichen Abfallentsorgung angepasst.

Seite 5, 2. Spalte unterster Abschnitt „Wirtschaftlichkeitsnachweis“ streichen

Es wird davon ausgegangen dass sich...

ergänzen und ersetzen

Die Investition **wird sich** mit dem zu erwartenden Erlös aus der Aufhebung der bisherigen Entsorgungshöfe Jubiläumsplatz und Forsthaus sowie durch Einsparungen bei den Betriebskosten und Mehreinnahmen beim Wertstoffverkauf amortisieren **lassen**.

Peter Bernasconi (SVP): Der Text der jetzigen Abstimmungsbotschaft sagt klar, dass noch eine Wirtschaftlichkeitsrechnung gemacht wird. Der Antrag der PVS besagt jedoch, dass ein Wirtschaftlichkeitsnachweis erbracht worden ist, was eine Fehlinformation ist, hinter der wir in keiner Weise stehen können. Dies vor allem auch deshalb, weil die Investitionen, welche Bestandteil der Botschaft sind, nur ein Teil der Gesamtkosten der Anlage darstellen. Es sind nämlich noch nicht sämtliche Kosten aufgeführt, welche mit den Anlagen und der sonstigen nötigen Infrastruktur noch dazu kommen werden. Man kann das Volk nicht für dumm verkaufen, indem man sagt, man habe eine Wirtschaftlichkeitsrechnung gemacht, die zeige, dass das Ganze wirtschaftlich sei, während man auf der anderen Seite in der Abstimmungsbotschaft lesen kann, dass eine solche Rechnung noch erstellt werden muss. Das geht nicht auf und ist eine absolute Fehlinformation.

Seite 6, 2. Spalte, neuer Abschnitt

Quartierkommission

Die Quartierkommission Dialog Nordquartier hat im ganzen Prozess mitgewirkt. Die Detailfragen zur Verkehrsführung etc. sollen während der Projektierung zusammen mit der Quartiervertretung geklärt werden.

Beschlüsse

1. Der Rat stimmt dem Antrag der Kommission PVS auf Ergänzung des Titelblattes mit dem Luftbild und der dazugehörigen Legende stillschweigend zu.
2. Der Rat stimmt dem Antrag der PVS, Seite 3, 1. Spalte, 3. Abschnitt mit einem neuen Lemma zu ergänzen, mit 61 : 11 Stimmen zu.
3. Der Rat genehmigt den Änderungsantrag der PVS zu Seite 3, 2. Spalte, oben, drittes Lemma stillschweigend.
4. Der Rat stimmt dem Streichungs- beziehungsweise Änderungsantrag der PVS zu Seite 4, 2. Spalte, 2. Abschnitt, 1. Lemma mit 49 : 23 Stimmen zu.
5. Der Rat stimmt dem Ergänzungsantrag der PVS zu Seite 4, 2. Spalte, 2. Abschnitt, 2. Lemma mit 47 : 25 Stimmen zu.
6. Der Rat stimmt dem Streichungs- beziehungsweise Ergänzungsantrag der PVS zu Seite 4, 2. Spalte, grau unterlegter Kasten mit 46 : 25 Stimmen zu.
7. Der Rat stimmt dem Streichungsantrag der PVS zu Seite 5, 2. Spalte, unterster Abschnitt Wirtschaftlichkeitsnachweis mit 46 : 27 Stimmen zu.
8. Der Rat stimmt dem Ergänzungs- beziehungsweise Ersetzungsantrag der PVS zu Seite 5, 2. Spalte, unterster Abschnitt Wirtschaftlichkeitsnachweis mit 47 : 26 Stimmen zu.
9. Der Rat stimmt dem Antrag dem Ergänzungsantrag der PVS zu Seite 6, 2. Spalte, neuer Abschnitt mit 45 : 24 Stimmen zu.

Anträge Fraktion SVP/JSVP

Seite 5, Abschnitt Wirtschaftlichkeitsnachweis, letzter Satz streichen

Eine detaillierte Wirtschaftlichkeitsrechnung wird mit dem Baukredit erstellt.

ersetzen durch:

Eine detaillierte Wirtschaftlichkeitsrechnung ist leider momentan noch nicht vorhanden.

Seite 6, 2. Abschnitt streichen

Der neue Standort in der Industrie- und Gewerbezone Wankdorffeldstrasse 92 – 96 eignet sich von der Lage her und mit dem Bahnanschluss optimal für die vorgesehene Nutzung.

Seite 6, letzter Abschnitt (fett gedruckt und grau hinterlegt) streichen

Mit den zwei geplanten neuen Entsorgungshöfen sollen nicht private Betriebe konkurrenziert werden, sondern bestehende städtische Einrichtungen so umgebaut und optimiert werden, dass sie umweltfreundlicher und wirtschaftlicher arbeiten können.

ersetzen durch:

Mit den zwei geplanten neuen Entsorgungshöfen werden die privaten Betriebe neu teilweise konkurrenziert. Bestehende städtische Einrichtungen werden so umgebaut und optimiert, dass sie umweltfreundlicher und wirtschaftlicher arbeiten können.

Beschlüsse

1. Der Rat lehnt den Antrag der Fraktion SVP/JSVP zu Seite 5, Abschnitt Wirtschaftlichkeitsnachweis, letzter Satz mit 27 : 44 Stimmen ab.
2. Der Rat lehnt den Streichungsantrag der Fraktion SVP/JSVP zu Seite 6, 2.Abschnitt mit 24 : 45 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.
3. Der Rat lehnt den Streichungs- beziehungsweise Ergänzungsantrag der Fraktion SVP/JSVP zu Seite 6, letzter Abschnitt, fett gedruckt und grau hinterlegt mit 27 : 45 Stimmen ab.

Beat Schori (SVP): Ich möchte vor der Schlussabstimmung zu Protokoll geben, dass die Mehrheit im Rat bewusst Unwahrheiten in die Abstimmungsbotschaft schreibt und damit das Volk für dumm verkauft.

Beschluss

Der Rat genehmigt die bereinigte Abstimmungsbotschaft „Wankdorffeldstrasse 92-96: Liegenschaftserwerb und Projektierungskredit für den neuen Entsorgungshof Nord“ mit 45 : 27 Stimmen.

3 Kleine Anfrage Erich J. Hess (JSVP): Gemeinderätinnen lassen sich für aktive Abstimmungspropaganda durch die Reitschule einspannen

Geschäftsnummer 05.000308 / 05/221

Mit Befremden stellen die Stimmberechtigten auf der Abstimmungshomepage der Reitschule fest, dass sich die Gemeinderätinnen Edith Olibet und Regula Rytz u.a. zusammen mit dem Vizedirektor des Bundesamtes für Energie, Michael Kaufmann, als Aktivmitglieder des Solidaritätskomitees „Reitschule jetzt“ betätigen.

Ich bitte den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Frage:

1. Wie beurteilt der Gemeinderat die Tatsache, dass aktive Mitglieder des Gemeinderates in Abstimmungskomitees auf Gemeindeebene Einsitz nehmen und unterstützt er solche fragwürdigen Aktionen einzelner Gemeinderätinnen?

Zusatzfrage im Falle einer positiven Beantwortung der Frage 1.

2. Wäre es z.B. auch den bürgerlichen Gemeinderatsmitgliedern erlaubt, im Ja-Komitee Einsitz zu nehmen?

Bern, 3. November 2005

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Das Solidaritätskomitee nennt sich „Reitschule bleibt“, nicht „Reitschule jetzt“. Der Stadtrat hat die Initiative „Keine Sonderrechte für die Reitschule“ mit 57 Nein zu 16 Ja bei 4 Enthaltungen zur Ablehnung empfohlen. Wenn sich Mitglieder des Gemeinderats in diesem Sinn öffentlich äussern, ist dies weder fragwürdig noch befremdend, sondern nahe liegend.

Zu Frage 1: Der Gemeinderat beurteilt die Einsitznahme von Mitgliedern des Gemeinderats in das Solidaritätskomitee nach der ständigen bundesgerichtlichen Rechtsprechung als erlaubte freie Meinungsäusserung zu einer Sachvorlage. Das Bundesgericht hält es für üblich, dass Behördemitglieder etwa bei der Unterzeichnung von Aufrufen als Mitglieder von Abstimmungskomitees oder bei persönlichen Interventionen (namentlich in den Medien) ihren Namen auch mit ihrer amtlichen Funktion in Verbindung bringen, um ihre besondere Sachkunde und das politische Engagement für öffentliche Interessen hervorzuheben. Sie dürfen dabei allerdings nicht den Eindruck erwecken, es handle sich um eine offizielle Verlautbarung einer Kollegialbehörde (BGE 130 I 290 Erw. 3.3).

Zu Frage 2: Der Gemeinderat hat beschlossen, dem Stadtrat Ablehnung der Initiative zu empfehlen. Der Einsitz eines Mitglieds des Gemeinderats in ein Komitee für die Annahme der Initiative würde das Kollegialitätsprinzip verletzen und den Stadtratsbeschluss missachten. Er könnte allerdings nicht verhindert, wohl aber bedauert werden.

Anfragender *Erich J. Hess* (SVP): Ich hoffe, dass es in einem nächsten Abstimmungskampf in Zukunft auch einem Bürgerlichen nicht verwehrt bleiben wird, Mitglied in einem bürgerlichen Abstimmungskomitee zu werden. Ich erachte es als nicht ganz korrekt, wenn man auf der einen Seite sagt, die Regierung dürfe sich mit Einzelmeinungen nicht zu sehr aus dem Fenster lehnen, andererseits aber die Regierung Mitglied in einem Komitee wird. Es ist meiner Ansicht nach richtig, dass die Regierung ihre Meinung kundtut, dies aber nicht in einem Komitee.

- Es wurden alle Traktanden zu Ende beraten. -

Eingänge

Es werden eine Dringliche Motion, eine Dringliche Interpellation, vier Motionen, ein Postulat, drei Interpellationen und zwei Kleine Anfragen eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet, nämlich:

Dringliche Motion Lydia Riesen/Dieter Beyeler (SD): Öffnung der Polizeiwache Bern-Bahnhof, zur Anzeigeaufnahme, auch sonntags!

Aus den Medien muss einmal mehr entnommen werden, dass die viel gerühmte Bürgernähe der Stadtpolizei Bern alles andere als kundenfreundlich oder bürgernah ist.

Schon wieder wurden an einem Sonntag Überfallene daran gehindert Anzeige zu erstatten, bzw. abgewiesen. Offenbar ist in der Gemeinde Bern das Sparen wichtiger, als Bürgerinnen und Bürger vor Verbrechen zu schützen. Dass somit aus Spargründen alle dem Bürger bestens bekannten Polizeiwachen geschlossen wurden, ist sehr unglücklich, schlecht überlegt und kaum nachvollziehbar.

Beinahe unglaublich ist, dass es sich die Gemeinde Bern im Jahr 1999 leisten konnte, infolge der Einführung von „Apollo“, die Polizeiwache im Bahnhof vorerst zu schliessen, später jedoch auf Bürgerdruck nur noch auf „Sparflamme“ zu öffnen.

Im Bahnhof Bern herrscht seit Jahren ein stark frequentierter Durchgangsverkehr mit mehr als 100'000 Personen täglich! Jedoch eine Anzeigeaufnahme am Sonntag, gleich zu welchem Delikt, ist heute nicht möglich. Dass dieses Vorgehen nicht nur von unserer Bürgerschaft, sondern auch von anderen sehr grossen Polizeicorps nicht begriffen werden kann, ist mehr als nur verständlich.

Bei allem Verständnis für einen behutsamen Umgang mit den Finanzen, muss der Sicherheit der Menschen erste Priorität zugesprochen werden.

Aus diesem Grund wird der Gemeinderat beauftragt, folgende Massnahmen einzuleiten und umzusetzen.

Ab sofort soll wenigstens die Polizeiwache Bern-Bahnhof personell entsprechend verstärkt werden, damit eine Anzeigeaufnahme auch an Sonn- und Feiertagen für einen überfallenen oder gefährdeten Bürger wieder möglich wird.

Begründung der Dringlichkeit

Wegen den unhaltbaren Zuständen die zur Zeit herrschen, kann der Bevölkerung ein weiteres Zuwarten nicht zugemutet werden.

Bern, 1. Dezember 2005

Dringliche Motion Lydia Riesen/Dieter Beyeler (SD), Ernst Stauffer, Thomas Weil, Reto Nause, Beat Schori

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Dringliche Interpellation FDP, SVP, CVP, SD, EDU (Stephan Hügli, FDP): Konzept und Businessplan Entsorgungshof Nord – Zusammenhang mit den anderen Abfall-Grossprojekten

Schon bald findet die Abstimmung zum Entsorgungshof Nord statt. Es soll ein Gebäude gekauft werden um darin einen Entsorgungshof und eine Sortieranlage zu verwirklichen. Gleichzeitig sollen Arbeiten durch die Stadt ausgeführt werden, die bisher von Privaten angeboten

wurden. Für das Projekt Nord sollen gegen 20 Mio. Franken aufgewendet werden. Bevor das Gebäude gekauft wird, sollte man im Bilde sein, wie die Rentabilität dieses Projektes und aller damit zusammenhängenden Vorhaben aussieht.

Der Entsorgungshof Nord ist Teil eines Gesamtprojektes, welches aus dem Entsorgungshof WEST und der Kehrichtverbrennungsanlage besteht. Um einem Baustein daraus zustimmen zu können wird die Information zu den anderen Projekten genauso benötigt.

Aus diesem Grunde stellen wir dem Gemeinderat die folgenden Fragen:

1. Wie hoch ist die Investitionssumme für die drei abfallpolitischen Grossprojekte, einzeln und gesamt?
2. Wie hoch ist die Einsparung auf dem heutigen Betrieb durch die Realisierung dieser drei Vorhaben?
3. Mit welchem Return on Investment (ROI) rechnet der Gemeinderat aufgrund der geplanten Investition?
4. Wie beurteilt der Gemeinderat die Rentabilität der drei Projekte in Zahlen und in Prozenten?
5. Wie sieht die Amortisationsrechnung aus?
6. Unseres Wissens besteht kein Businessplan weder für eines noch für alle drei Projekte.
7. Falls Frage 6 mit Ja oder Nein beantwortet wird:
 - Wie gestaltet sich die Planerfolgsrechnung über die nächsten 20 Jahre?
 - Wie sieht die Liquiditätsplanung aus?
 - Wie sieht die Investitionsplanung aus?
 - Wie sieht die Kapitalbedarfsplanung aus?
 - Wie gestaltet sich die Plan-Bilanz über die nächsten 15 Jahre?
8. Welches sind die Standorte der anderen beiden Anlagen und wie weit sind diese Standorte gesichert?
9. Wie lange wird die Sackgebühr auf dem heutigen Stand bleiben?

Begründung der Dringlichkeit

Schon bald wird über den Entsorgungshof Nord abgestimmt. Für diese Abstimmung müssen die gesamten Angaben für diese Planung und die damit zusammenhängenden Projekte bekannt sein, da sie in einem Gesamtzusammenhang stehen.

Bern, 1. Dezember 2005

Dringliche Interpellation FDP, SVP, CVP, SD, EDU (Stephan Hügli, FDP), Dolores Dana, Thomas Balmer, Christoph Müller, Peter Bernasconi, Peter Bühler, Margrit Thomet, Hans Peter Aeberhard, Erich J. Hess, Mario Imhof, Markus Blatter, Ueli Jaisli, Beat Schori, Lydia Riesen, Dieter Beyeler, Rudolf Friedli, Simon Glauser, Daniel Lerch, Ueli Haudenschield, Sibylle Burger-Bono, Reto Nause, Thomas Weil, Daniel Kast, Beat Gubser

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Motion Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Myriam Duc, GB): Auf städtischem Boden im Bahnhof Bern gesamtarbeitsvertraglich geregelte Arbeitsbedingungen!

Die Änderung des Arbeitsgesetzes ist vom Souverän am 27.11.2005 ganz knapp genehmigt worden. Im Rahmen der Abstimmungskampagne war von allen Seiten, inklusive den Verantwortlichen der SBB, die Wichtigkeit der Sicherung der Arbeitsbedingungen des betroffenen Verkaufspersonals betont worden, u.a. auch die Gewährleistung der Sonntagszuschläge von 50 Prozent für die Verkäuferinnen. Die SBB, bzw. SBB-Chef Benedikt Weibel hat sich in einer Medienmitteilung vom 27.11.05 dahingehend geäußert, dass er sich im engen Kontakt mit

den Betreibern der Ladengeschäfte in den Bahnhöfen für eine sozialpartnerschaftliche Regelung der Mindestlöhne und Lohn- und Zeitzuschläge einsetzen will.

(<http://mct.sbb.ch/mct/medien.htm>)

Das gleiche erwarten die MotionärInnen von der Stadt. Denn im Bahnhofsperimeter Bern sind neben den SBB-Liegenschaften, auch Läden, die von der Stadt (Stadtbauten bzw. Liegenschaftsverwaltung) an Private vermietet werden. Daher soll sich die Stadt als sozialverantwortliche Eigentümerin und Vermieterin IN ihrem Einflussgebiet ebenfalls für eine gesamtarbeitsvertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen inkl. Sonntagszuschlägen für die Angestellten aller betroffenen Geschäfte einsetzen. Die Stadt soll sich als Vermieterin dafür einsetzen, dass ihre Mieterinnen zu einer sozialpartnerschaftlichen Regelung (insbesondere Mindestlöhne, Arbeitszeiten, Lohn- und Zeitzuschläge) Hand bieten. Nur so kann gewährleistet werden, dass alle Angestellten im Bahnhof Bern, ungeachtet, ob sie auf SBB- oder Stadtboden arbeiten, faire Arbeitsbedingungen erhalten.

Der Gemeinderat wird beauftragt,

die notwendigen Grundlagen zu schaffen, damit in den Läden in der Bahnhofsunterführung Bern auf Stadtboden künftig nur noch Miet-Verträge an Betriebe vergeben werden, welche bei ihren Angestellten sozialpartnerschaftlich ausgehandelten Regelungen anwenden, welche unter anderem Mindestlöhne und Lohn- und Zeitzuschläge für Sonntagsarbeit von mindestens 50% gewährleisten.

Sofern die Motion in die Kompetenz des Gemeinderats fällt, kommt ihr der Status einer Richtlinie zu.

Bern, 1. Dezember 2005

Motion Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Myriam Duc, GB), Franziska Schnyder, Anne Wegmüller, Hasim Sancar, Catherine Weber, Simon Röthlisberger, Urs Frieden, Martina Dvoracek, Karin Gasser

Motion Fraktion GB/JA! (Martina Dvoracek/Karin Gasser, GB): Mehr natürliche Vegetation im Strassenraum

Strassen sind in erster Linie Zweckbauten, die wir zur Erfüllung unserer Mobilitätsbedürfnisse benötigen. Es sind meist graue, schwarze, gepflästerte, asphaltierte Adern, die zwischen Häuserzeilen, Stadtteilen oder durch Industriegebiete Verbindungen herstellen.

Strassenraumteile bergen aber auch ein Potential für den ökologischen Ausgleich im Siedlungsgebiet. In der Stadt Bern sind Strasseninseln heute meist tote Inseln. Ein Teil von ihnen sind reine Steuerungsinseln und sind nicht für die Benutzung durch die Fussgängerinnen und Fussgänger vorgesehen. Sie bergen damit geeignete Flächen für mehr natürliche Vegetation im Strassenraum.

Mit einer laufenden – wasserdurchlässigen – Begrünung dieser Strasseninseln bei Strassenumbauten, Renovationen, Leitungslegungen etc. liessen sich diese heute anonymen Unorte in lebendige, grüne Kleinstoasen verwandeln. Naturnahes Strassenbegleitgrün bietet für Flora und Fauna wichtige Ersatzlebensräume im urbanen Raum. Uns Menschen bereiten sie kleine Freuden im Alltag und werten die grauen, technikorientierten Strassenräume ästhetisch auf. Dazu kommen weitere ökologische Gründe: Erhöhung des Wasserrückhaltevermögens, Entlastung der Siedlungsentwässerung (Kläranlage), Verstärkung der mikroklimatischen Wirkung. Die Stadt Basel verfolgt diese Strategie bereits seit mehreren Jahren, was zu einer erfreulichen Gestaltungsentwicklung des Strassenraumes beiträgt.

Wir fordern deshalb vom Gemeinderat, dass er

im Rahmen von Strassenumgestaltungen, -sanierungen etc. (Gleis, Gasleitung, Gestaltung etc.) nicht begangene Strasseninseln mit extensiver, naturnaher, einheimischer Vegetation und wasserdurchlässigem Belag, Steinen etc. begrünt.

Bern, 1. Dezember 2005

Motion Fraktion GB/JA! (Martina Dvoracek/Karin Gasser, GB), Anne Wegmüller, Myriam Duc, Franziska Schnyder, Natalie Imboden, Catherine Weber, Urs Frieden

Motion Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP): Programmiertes Verkehrschaos auf der Verkehrsachse Autobahnausfahrt Bümpliz/Köniz, Bernstrasse und Weissensteinstrasse

Täglich bilden sich, immer mehr auch ausserhalb der Hauptverkehrszeiten, insbesondere auf den Hauptverkehrsachsen immer längere Kolonnen. Die Rotlichtphasen werden bei aufeinander folgenden Signalanlagen bewusst so geschaltet, dass ein ruhiger Verkehrsfluss unterbrochen wird. Die Signalanlagen schalten just dann auf rot, wenn eine sich mit mittlerer Geschwindigkeit von einer auf grün geschalteten Ampel wegbewegende Fahrzeugkolonne die nächstfolgende Ampel erreicht. Dadurch lässt man den Individualverkehr von Ampel zu Ampel auflaufen. Dabei wird der Verkehrsfluss durch Fahrzeuge, welche die Fahrbahn durch abbiegen oder Spurwechsel nicht mehr rechtzeitig verlassen können, erheblich verlangsamt und behindert. Dies ist besonders bei der Verkehrsachse bei der Autobahnausfahrt Bümpliz/Köniz ein Problem.

Der Gemeinderat wird mit dieser Motion aufgefordert, die notwendigen technischen Voraussetzungen zu schaffen und umzusetzen, dass die sich auf der Verkehrsachse Autobahnausfahrt Bümpliz/Köniz, Bernstrasse und Weissensteinstrasse befindlichen Verkehrsampeln auf die „Grüne Welle“ eingestellt werden können. Dabei müssen die Phasen so optimal eingestellt werden, dass ein minimales Zeitfenster von ca. 50 Sekunden pro Fahrtrichtung entsteht. Diese minimale Zeitdauer darf durch keine Prioritätssteuerung verkürzt werden. Ausnahmen sind logischerweise Feuerwehr, Sanität und Polizei. Gemäss verschiedener Hersteller von Ampeln und den dazu gehörenden Softwares kann dies problemlos und kostengünstig umgesetzt werden.

Bern, 1. Dezember 2005

Motion Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP), Peter Bernasconi, Ueli Jaisli, Thomas Weil, Margrit Thomet, Simon Glauser, Beat Schori, Rudolf Friedli, Erich J. Hess

Motion Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil, SVP): Der Fuss- und Veloverkehr wird genug gefördert in der Stadt Bern – deshalb bedarf es keiner zusätzlichen Fachstelle dazu!

Das Reglement zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs (RFFV) ist seit dem 1. Januar 2001 in Kraft. Dieses verpflichtet die Stadt Bern, Massnahmen zur Vervollständigung eines Netzes von attraktiven, durchgehenden, sicheren und direkten Fuss- und Veloverbindungen im gesamten Stadtgebiet zu ergreifen. Zur Umsetzung dieses Ziels verlangt das Reglement die Schaffung einer Fachstelle und einer Spezialfinanzierung.

Interessanterweise fallen von den jährlich für die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs zur Verfügung stehenden 4 Millionen Franken 2.9 Millionen Franken auf allgemeine, nicht durch die Fachstelle initiierte Verkehrs- und Tiefbauprojekte, die zur Verbesserungen für den Fuss- und Veloverkehr führen.

Ihrem Internetauftritt ist zu entnehmen, dass sie der Verkehrsplanung angegliedert ist, aber – netterweise doch – auch Anliegen der Bevölkerung aufnimmt.

Da Dreiviertel der für den Fuss- und Veloverkehr eingesetzten Gelder gar nicht auf sie entfallen sowie ihre Tätigkeit ziemlich diffus umschrieben ist (Initiierung entsprechender Projekte, durch die Einflussnahme auf öffentliche und private Bauvorhaben), hat der Gemeinderat das RFFV dahingehend zu ändern, dass nach der neuen Version die Fachstelle aufgegeben wird.

Bern, 1. Dezember 2005

Motion Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil, SVP), Peter Bühler, Lydia Riesen, Erich J. Hess, Ueli Jaisli, Peter Bernasconi, Rudolf Friedli

Postulat Fraktion SVP/JSVP: Den endgültigen Abschied für die Hinterbliebenen ein bisschen vereinfachen!

Immer mehr Menschen wünschen sich, aus den verschiedensten Gründen, im Gemeinschaftsgrab beigesetzt zu werden. Dieser Wunsch gilt für die Hinterbliebenen verständlicherweise als ein Teil des letzten Willens des Verstorbenen und wird deshalb auch von den Hinterbliebenen erfüllt. Doch viele Hinterbliebene haben Mühe mit der Anonymität des Gemeinschaftsgrabs, da dies nicht die selbe Bedeutung hat, wie zum Beispiel, dass des unbekannten Soldaten. Nirgends erinnert der Name des verstorbenen Menschen an seinen letzten Ruheort. Darum wird der Gemeinderat gebeten, zu prüfen, ob und wie es möglich wäre beim Gemeinschaftsgrab des Bümplizer Friedhofs beispielsweise eine geschliffene Marmor- oder Granitplatte dahinter zu stellen oder daneben zu legen. Auf dieser Grabplatte werden in einem Zentimeter Höhe der Name, Vorname sowie das Geburts- und das Sterbejahr der im Gemeinschaftsgrab zu ihrer letzten Ruhe beigesetzten Verstorbenen eingraviert. Dies beruhte auf Freiwilligenbasis und könnte auch einen einmaligen Betrag von 50.- bis 100.- Franken kosten. Der Gemeinderat wird gebeten, einen dem entsprechenden Vorschlag auszuarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.

Bern, 1. Dezember 2005

Postulat Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP), Peter Bernasconi, Ueli Jaisli, Thomas Weil, Margrit Thomet, Simon Glauser, Beat Schori, Rudolf Friedli, Erich J. Hess

Interpellation Barbara Streit-Stettler (EVP)/Christoph Müller (FDP): Freudenbergerplatz: Warum diese stiefmütterliche Behandlung?

Bei der Projektierung des Paul Klee Zentrums (PKZ) wurde in Aussicht gestellt, die öffentlichen Aussenräume im Umfeld des PKZ „gestalterisch aufzuwerten“. Dieses Ziel wurde vor allem im Bereich des Nordzugangs (Schosshaldenstrasse-Friedhofweg) erreicht. Auch die Anwohnerinnen und Anwohner profitieren dort von der neuen Verkehrsführung bzw. von der Neugestaltung des Aussenraumes.

Stiefmütterlich behandelt wurde hingegen der Südzugang Freudenbergerplatz/Giacometti-strasse. Zwar wurden die 500'000 Franken, die für die Aufwertung des Südzuganges des PKZ zur Verfügung standen, sorgfältig und wirkungsvoll eingesetzt: Der Freudenbergerplatz wurde entrümpelt und freundlicher angelegt, die Beleuchtung unter der Autobahnbrücke verbessert und der Eingangsbereich beim Einkaufszentrum offener gestaltet.

Dennoch bedauern es die Interpellanten, dass es verpasst wurde, im Zuge der Aussengestaltung des PKZ die Situation am Freudenbergerplatz vertieft zu analysieren und eine umfassende Umgestaltung vorzunehmen, so dass sowohl PKZ-Besuchende als auch die Anwohnenden davon profitieren.

In diesem Zusammenhang stellen wir dem Gemeinderat folgende Fragen:

1. Welche Priorität hat der Freudenbergerplatz für den Gemeinderat gegenüber anderen Plätzen in Bern-Ost?
2. Inwiefern hat das Stadtplanungsamt bereits Gestaltungsideen zum Freudenbergerplatz entwickelt, die aber aus finanziellen Gründen nicht verwirklicht werden konnten?
3. Warum wurde keiner der drei möglichen Zugangswege vom Freudenbergerplatz zum PKZ explizit ausgewählt und für Besuchende dementsprechend deutlich gekennzeichnet?
4. Warum wurde die versprayte Passage neben dem Einkaufszentrum Richtung Giacometti-strasse nicht freundlicher gestaltet? Oder anders gefragt: Warum ist der Gemeinderat der Meinung, dass eine regelmässige Reinigung der Passage keinen Sinn macht?
5. Warum ist die Lärmschutzwand der Autobahn über dem Freudenbergerplatz nicht durchgezogen, so dass wenigstens eine Lärmquelle des Platzes etwas reduziert wird?
6. Für Velofahrende ist es ein Ding der Unmöglichkeit, den Platz ohne schikanöse Umwege und gleichzeitig auf legale Art zu überqueren. Gibt es Pläne für eine velofreundlichere Verkehrsführung?
7. Das Einkaufszentrum ist offensichtlich sanierungsbedürftig. Inwiefern steht die Stadt in Verhandlung mit der Eigentümerschaft, um eine Sanierung bzw. Umgestaltung des Gebäudes zu erwirken?
8. Zur Tramwendeschleife: Wie lange wird sie noch notwendig sein bzw. inwiefern bestehen konkrete Pläne, die 5er-Tram-Linie nach Worb zu verlängern?

Bern, 1. Dezember 2005

Interpellation Barbara Streit-Stettler (EVP)/Christoph Müller (FDP), Verena Furrer-Lehmann, Gabriela Bader, Martin Trachsel, Ueli Stückelberger, Anna Magdalena Linder, Conradin Conzetti, Erik Mozsa, Peter Künzler, Hans Peter Aeberhard, Christian Wasserfallen, Ueli Haudenschild, Rania Bahnen Buechi, Karin Feuz-Ramseyer, Stephan Hügli-Schaad, Markus Blatter, Dolores Dana, Sibylle Burger-Bono

Interpellation Fraktion FDP/JF (Christoph Müller, FDP): Baldachin am neuzugestaltenden Bahnhof platz – schon jetzt ein Scherbenhaufen?

Situation

Im Baugesuchs-Einsprache-Verfahren zum neuzugestaltenden Bahnhofplatz hat der Regierungsstatthalter ein neutrales Fachgutachten eingeholt. Den Medien kann man entnehmen, dass das Urteil des Gutachters in Bezug auf den Baldachin sehr negativ ausgefallen ist. Diese Einschätzung kommt für uns nicht überraschend. Wir haben während des ganzen politischen Entscheidungsprozesses frühzeitig und nachhaltig auf die Fragwürdigkeit des Baldachins und insbesondere die denkmalpflegerische Unvereinbarkeit mit der örtlichen Situation hingewiesen. Die entsprechende Stellungnahme der Denkmalpflegekommission vom Frühjahr 2004 macht dazu auch ganz unmissverständliche Aussagen. Während des ganzen Entscheidungsprozesses sind der Gemeinderat und die Stadtratsmehrheit einer diesbezüglichen, sachlichen Diskussion konsequent aus dem Weg gegangen und haben alle entsprechenden Informationen nach aussen, insbesondere deren Erwähnung im Abstimmungsbüchlein, konsequent unterdrückt, bzw. im letzteren sogar diesbezüglich irreführende Angaben gemacht.

Wir stellen folgende Fragen an den Gemeinderat

1. Was bedeutet die eindeutige Stellungnahme des unabhängigen Gutachters für das laufende Baugesuchverfahren?
2. Was würde ein abschlägiger Bescheid des Regierungsstatthalters in Bezug auf den Baldachin für Folgen haben? Würde ein solcher Entscheid weiter gezogen werden?
3. Wie geht es weiter?

4. Welche Verzögerungen sind zu erwarten? Kann eine rechtzeitige Inbetriebnahme des neugestalteten Bahnhofplatzes auf die EURO '08 noch eingehalten werden?

Bern, 1. Dezember 2005

Interpellation Fraktion FDP/JFDP (Christoph Müller), Stephan Hügli-Schaad, Dolores Dana, Thomas Balmer, Ueli Haudenschild, Hans Peter Aeberhard, Sibylle Burger-Bono, Christian Wasserfallen, Karin Feuz-Ramseyer, Hein Rub, Mario Imhof, Markus Blatter

Interpellation Karin Gasser (GB): Obdach für Bedürftige – der Schritt zum eigenständigen Wohnen muss erleichtert werden

Das Konzept Obdach der Stadt Bern sieht verschiedene Stufen von Hilfsangeboten vor: Niederschwellige Unterkunft (Notschlafangebot), betreutes Wohnen, begleitetes Wohnen in einer Notwohnung oder der eigenen Wohnung sowie präventive Wohnberatung für selbständig Wohnende. Im Konzept ist festgehalten, dass dem sozialen Wohnungsmarkt in der Stadt Bern das Subsidiaritätsprinzip zu Grunde liegt, d.h. dass nur in ganz besonderen Fällen städtische Wohnungen Bedürftigen zur Verfügung gestellt werden sollen. Demzufolge ist eine intensive Zusammenarbeit zwischen Stadt und privaten Liegenschaftsverwaltungen nötig. Hier scheint sich nun das Problem zu zeigen, dass immer weniger Liegenschaftsverwaltungen bereit sind, ihre Wohnungen an SozialhilfebezügerInnen zu vermieten. Beim derzeitigen knappen Wohnungsangebot im städtischen Raum, insbesondere im unteren Preissegment, können sich die Verwaltungen ihre Mieterinnen nach zahlreichen Kriterien aussuchen. Die oben genannte Stufe des begleiteten Wohnens in der eigenen Wohnung ist somit gemäss Einschätzung verschiedener Fachpersonen immer schwieriger zu verwirklichen, da die betroffenen Personen gar keine eigene Wohnung finden.

Aufgrund eines Postulats des GB ist ab dem Budget 2006 ein entsprechender Betrag für ein Angebot an städtischen Notwohnungen vorgesehen. Diese sind aber nur für kurzfristige Aufenthalte gedacht. Für längerfristiges Wohnen müssen auch für die Menschen, die in den Notwohnungen unterkommen, andere Lösungen gefunden werden.

Wir bitten den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie schätzt der Gemeinderat die Problematik rund um die Wohnungssuche von SozialhilfebezügerInnen ein? Gibt es eine Einschätzung, wie viele SozialhilfebezügerInnen den Schritt ins eigenständige Wohnen nicht machen können, weil sie keine Wohnung finden?
2. Welche Massnahmen sieht der Gemeinderat vor, um die Vermittlung von Wohnungen für bedürftige Menschen zu fördern? Wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Sozialdienst und den privaten Liegenschaftsverwaltungen?
3. Wie ist die gängige Praxis bezüglich Vorschussleistungen zum Mietzinsdepot? Gibt es SozialhilfebezügerInnen, die keine Wohnung finden, weil sie das Mietzinsdepot nicht bezahlen können?

Bern, 1. Dezember 2005

Interpellation Karin Gasser (GB), Martina Dvoracek, Anne Wegmüller, Myriam Duc, Franziska Schnyder, Natalie Imboden, Catherine Weber, Urs Frieden

Kleine Anfrage Peter Bühler (SVP): Kämpft der Gemeinderat nun auch mit, dass der Cupfinal wieder nach Bern kommt?

Am 3. August 2005 überreichten Stadtrat Peter Bühler und der Präsident der JSVP der Stadt Bern Patrick Koch 105'411 Unterschriften, welche in nur 8 Monaten gesammelt worden waren, an den Präsidenten des Schweizerischen Fussballverbands Ralph Zloczower. Dies mit der

Aufforderung, sich dafür einzusetzen, dass der Schweizerische Fussball-Cupfinal traditions-gemäss wieder im Wankdorfstadion durchgeführt wird!

Am 4. August 2005 wurde via Mail der Stadtpräsident persönlich informiert und angefragt, ob er diesem Anliegen seine Unterstützung gebe. Obwohl bestätigt wurde, dass das Mail den Empfänger erreicht hatte, fand der Stadtpräsident es nicht für nötig diese Frage irgendwie zu beantworten.

Darum werden nun folgende Fragen in dieser kleinen Anfrage gestellt:

1. Unterstützt der Gemeinderat unser Anliegen, den Cupfinal zurück nach Bern zu holen?
2. Wenn Ja, wie?
3. Wird er beim SFV für dieses Anliegen vorsprechen?
4. Weiss der Gemeinderat, dass die Hauptversammlung des SFV kommenden Frühling darüber entscheiden wird, wo der Cupfinal zukünftig ausgetragen wird?

Bern, 1. Dezember 2005

Kleine Anfrage Peter Bühler (SVP)

Kleine Anfrage Ernst Stauffer (ARP): Die Löcher im Stadtbach sind immer noch offen

Auch wenn der Stadtratspräsident Vorstösse die Unfälle verhindern möchten, als „Chabis“ bezeichnet und ein SP Stadtrat im Stadtrat allen Ernstes erklärt: „Wenden wir uns wichtigeren Dingen zu,“ bleibe ich dabei: Unfälle müssen, wenn immer möglich verhindert werden. Das ist nach wie vor meine Überzeugung und beim Stadtbach ist Unfallverhütung möglich.

Um langfädigen Belehrungen im Stadtrat aus dem Weg zu gehen und trotzdem nochmals auf das Problem aufmerksam zu machen, versuche ich es mit einer Kleinen Anfrage. Was ich befürchtet habe, ist eingetreten, am Freitag 25. November 2005 ist ein Auto in den Stadtbach gefahren. Ich zitiere den Bund vom Samstag 26. November 2005.

Zitat: „Was die Stadträte Ernst Stauffer ARP und Christian Wasserfallen JF befürchteten und zu Dringlichen Interpellationen veranlasste, ist gestern Abend geschehen: in der Gerechtigkeitsgasse ist ein Autolenker mit dem rechten Vorderrad in den offen gelegten Stadtbach gefahren. Das Auto wurde quasi aufgebockt.“

Der 20 Minuten Zeitung vom 28. November 2005 ist zu entnehmen, das bereits ein Velofahrer vor 2 Wochen in den Graben gestürzt sei. Ob es zudem noch eine Dunkelziffer gibt, die aus Scham verschwiegen wird, ist mir nicht bekannt.

Wie die Beispiele zeigen sind nicht nur Fussgänger gefährdet, Velofahrer sowieso, sondern sogar Motorfahrzeuge. Also eine völlig neue Situation.

Ich stelle aufgrund dieser neuen Situation dem Gemeinderat nochmals folgende Fragen:

1. Ist der Gemeinderat auch nach diesen Unfällen immer noch der Meinung, der Stadtbach könne ohne Schutz offen gelassen werden?
2. Wenn Ja, wie viele Autos und Velos müssen dann zuerst im Stadtbach „landen“ bevor der Gemeinderat seine Meinung ändert?

Bern, 1. Dezember 2005

Kleine Anfrage Ernst Stauffer (ARP)

Schlusswort des Stadtratspräsidenten

Vorsitzender *Philippe Müller*: Der gesammelte Betrag für den Welt-Aids-Tag beträgt 806 Franken. Ich blicke zurück auf ein ereignisreiches und interessantes Jahr. Ich habe zu Beginn meiner Präsidialzeit an einige Selbstverständlichkeiten erinnert. Der Ratsbetrieb ist in der Folge sauber und effizient abgelaufen. Ich übergebe meinem Nachfolger eine aufgeräumte Ratsleitung mit wenigen Pendenzen. Ich glaube, dass auch ein geordneter Ratsbetrieb einen kleinen Spass zwischendurch nicht ausschliesst. Besonders gefreut haben mich Komplimente aus dem Rat und der Verwaltung, welche offenbar froh darüber ist, dass ihre Antworten zeitgerecht im Rat behandelt werden. Früher ist es offenbar vorgekommen, dass gewisse Antworten bis zur Behandlung veraltet waren und neu verfasst werden mussten. Natürlich sind immer Verbesserungen möglich. Das Büro des Stadtrats hat sich damit befasst und schlägt dem Rat gewisse Korrekturen im Geschäftsreglement des Stadtrats vor. Es geht dabei vor allem darum, gewisse Funktionen der Ratsleitung zu versachlichen und zu entpolitisieren, was insbesondere durch eine Stärkung des Büros des Stadtrats erzielt werden soll. Es entspricht auch meinem Verständnis von Politik, dass man auf erkannte Mängel reagiert und versucht, etwas dagegen zu unternehmen. Ebenso habe ich versucht, auf die Anregung zu einer Kultursession rasch zu reagieren und habe diese in die Wege geleitet. Die Kultursession war ein Sitzungshighlight. Dies vielleicht weniger vom Ergebnis, aber mit Sicherheit vom Anlass selber her gesehen. Ich hoffe, dass ähnliche Anlässe zu anderen Themen folgen werden. Ich bitte den Rat, sein Augenmerk auf die Tatsache zu richten, dass es für die Parlamentsmitglieder immer mehr Arbeit gibt. Die Kommissionen tagen während Stunden; mit dem Ergebnis, dass im Rat trotzdem immer wieder dieselbe Detailberatung neu durchgeführt und dieselben chancenlosen Anträge gestellt werden. Man müsste hier zu einer Lösung kommen, die Detailberatung einmal durchzuführen. Entweder in der Kommission oder im Rat, aber nicht sowohl als auch. Ansonsten wird das so genannte Milizparlament zunehmend zu einer Illusion, weil es immer mehr nur noch für Berufspolitiker, Kinderlose, Studierende oder Pensionierte möglich ist, als Ratsmitglieder aktiv mitzuwirken. Das vergangene Jahr war auch im Hinblick auf meine repräsentativen Aufgaben ein ereignisreiches. Ich nenne hier als Stichwort lediglich Bern hoch drei. Neben diesen bekannten Ereignissen hatte ich jedoch auch die Gelegenheit, an vielen kleineren, weniger spektakulären Anlässen teilzunehmen, welche manchmal genau so wertvoll sind wie die grossen. Ich habe die unterschiedlichen Aufgaben als Stadtratspräsident sehr gerne erfüllt. Ich möchte dem Rat für meine Wahl zum Ratsvorsitzenden danken. Ich danke dem Rat auch für die loyale Zusammenarbeit in diesem Jahr. Insbesondere danke ich meinen Vizepräsidenten. Die Zusammenarbeit war perfekt und wir haben uns ungeachtet der Parteizugehörigkeit blind verstanden. Ein grosser Dank gebührt auch dem Büro des Stadtrats und dem Ratssekretariat, sowie der Stadtkanzlei für die wirkungsvolle und kompetente Unterstützung. Ich danke der Verwaltung für die grosse geleistete Arbeit. Ich danke auch den Medien für ihr Interesse und dass sie dafür sorgen, dass überhaupt bekannt ist, was im Parlament läuft. Ich möchte auch meiner Fraktion danken, der ich insbesondere für ihr Verständnis für meine besonderen Aufgaben in diesem Jahr dankbar bin. Selbstverständlich danke ich auch dem Gemeinderat für die geleistete Arbeit und die manchmal notwendige Geduld gegenüber dem Rat. Ich kann dem Gemeinderat gratulieren, denn seine Präsenz im Stadtrat hat sich von 55 auf 68 Prozent gesteigert. Der Stadtrat hat 61 Sitzungen abgehalten, dazu kommen 81 Sitzungen der Kommissionen, Büros und der Fraktionspräsidienkonferenz. Es wurden 372 Geschäfte behandelt und 146 Vorstösse eingereicht. Ich hatte bei 5 Abstimmungen den Stichentscheid. Insgesamt haben wir während 116 Stunden Sitzungen abgehalten. Ich möchte noch eine abschliessende Bemerkung machen. Wir werden gemeinsam in die Matte zum Jahreschlussessen gehen. Dass ich die Katastrophenbeiz ausgewählt habe, hat selbstverständlich nichts mit der Leistung des Stadtrats zu tun, sondern vielmehr mit einem Zeichen der So-

lidarität gegenüber der Matte auch ein paar Monate nach dem Höhepunkt des allgemeinen Interesses.

Schluss der Sitzung: 18.25 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Philippe Müller*

Die Protokollführerin: *Adrienne Hochuli*